

I N H A L T

GESCHÄFTSBERICHT S. 1

RECHNUNGSLEGUNG S. 17

EINNAHMEN- UND
AUSGABENRECHNUNG S. 20

ERLÄUTERUNGEN ZUR
EINNAHMEN- UND
AUSGABEN-RECHNUNG S. 21

BESTANDSENTWICKLUNG
DER LIQUIDEN MITTEL S. 26

VORANSCHLAG FÜR DIE
GESCHÄFTSJAHRE
2005 UND 2006 S. 27

EINNAHMEN UND
AUSGABENRECHNUNG
DER UMLAGE ZUR
FINANZIERUNG DER
ANWALTSBEZOGENEN
REFERENDARAUSBILDUNG S. 28

ERLÄUTERUNGEN ZUR
EINNAHMEN UND
AUSGABENRECHNUNG
DER UMLAGE ZUR
FINANZIERUNG DER
ANWALTSBEZOGENEN
REFERENDARAUSBILDUNG S. 29

Geschäftsbericht

Rechnungslegung

2004



Der Kammervorstand berichtet über die Schwerpunkte seiner Arbeit im Geschäftsjahr 2004.

Rechtspolitik

Das rechtspolitische Geschehen im vergangenen Jahr wurde für den Kammervorstand durch folgende Themen geprägt:

Am 01.07.2004 ist das gewohnte Gebührenrecht der BRAGO durch das RVG abgelöst worden.

Dem Inkrafttreten des RVG sind heftige Auseinandersetzungen sowohl innerhalb der Anwaltschaft, als auch mit den Ländern und den Rechtsschutzversicherern vorausgegangen.

Die Hoffnung, dass das Inkrafttreten des Gesetzes an dieser Front Ruhe einkehren lässt, ist jedoch nur zum kleinen Teil in Erfüllung gegangen.

Im Sommer 2004 haben die Rechtsschutzversicherungen flächendeckend den Kolleginnen und Kollegen, so genannte "Rationalisierungsabkommen" nahe zu bringen versucht, durch die eine Selbstverpflichtung zur Abrechnung weit unterhalb der neuen RVG-Tarife begründet werden sollte.

Parallel dazu haben die Versicherer in der Öffentlichkeit gegen die Anwaltschaft Stimmung gemacht.

Aber nicht nur das: In einer abgestimmt erscheinenden Weise versuchen die Versicherungen jetzt, innerhalb der vom RVG vorgesehenen Gebührenrahmen möglichst weitgehend die vorgesehenen Mittelgebühren zu unterlaufen.

Die Kammern und Anwaltvereine haben noch im letzten Jahr entschieden, die Kollegenschaft zunächst durch Materialsammlung und Erfahrungsaustausch dabei zu unterstützen, gegen ungerechtfertigte Gebührenerhöhungen durch die Rechtsschutzversicherer vorzugehen.

Innerhalb der Anwaltschaft selbst ist die Kritik am RVG, insbesondere am Wegfall der Beweisgebühr, zwischenzeitlich weitestgehend verstummt.

Im Gegenteil: Es setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass trotz unveränderter Tabellenwerte die strukturellen Verbesserungen des RVG auch zu einem höheren Honoraraufkommen führen.



Zweites großes Thema war die geplante Novellierung des Rechtsberatungsgesetzes. Rechtzeitig zum Juristentag im September hat das Bundesjustizministerium einen Entwurf für ein neues "Rechtsdienstleistungsgesetz" vorgelegt.

Dieses hält zwar im Prinzip an der Beschränkung der Rechtsberatungsbefugnis auf die Anwaltschaft fest; es enthält jedoch in einer Vielzahl von Einzelpunkten "Öffnungen", die die Anwaltschaft im Ergebnis nicht hinnehmen kann: Zum einen soll der Anwaltschaft nur "umfassende"(?) Rechtsberatung vorbehalten bleiben, zum anderen wird Rechtsberatung als "Nebenleistung"(?) zu anderen Dienstleistungen in großen Teilbereichen zugelassen.

Für die Anwaltschaft überraschend enthält der Entwurf auch eine Änderung des § 59a BRAO, womit eine erhebliche Erweiterung der sozietätsfähigen Berufe auch auf solche, die z.B. nicht der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, beabsichtigt ist.

Die Beurteilung der Anwaltschaft zu dieser Bestimmung ist sehr unterschiedlich.

Sowohl der DAV, als auch die Kammern tragen ihre Kritik zu diesen Punkten im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens weiter vor.

Derzeit ist noch nicht absehbar, in welcher Fassung das RDG schließlich in Kraft treten wird.



Bereits im letzten Geschäftsbericht haben wir die Entwicklungen zum anwaltlichen Berufsrecht auf europäischer Ebene geschildert.

Die Kammern haben sich dafür entschieden, angesichts der Unvermeidlichkeit einer Modernisierung des Berufsrechts dieses von sich aus einer "europarechtlichen Revision" zu unterziehen. Diese wird darauf hinauslaufen, die Essentialen anwaltlicher Berufsausübung in Deutschland unnachgiebig zu verteidigen, in Nebenfragen (wozu unter Umständen auch Liebgewonnenes und Bequemes gehören kann) sich aber kompromissbereit zu zeigen.

Der schon teilweise als antiquiert empfundenen Bedeutung des Rechtsanwalts als "Organ der Rechtspflege" wird hier voraussichtlich eine ganz neue und aktuelle Bedeutung zukommen: Die Aufgabe der Anwaltschaft an der Verwirklichung des Rechtsstaates weist hier eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung zu, die eine ausschließlich ökonomistische Betrachtungsweise des anwaltlichen Berufsrechts verbietet. Eine von der Bundesrechtsanwaltskammer gebildete "Task Force" arbeitet mit Hochdruck daran, die notwendigen Stellungnahmen gegenüber den Brüsseler Gremien auszuarbeiten.

In diesem Zusammenhang hat im Dezember 2004 auch eine Anhörung vor der (nationalen) Monopolkommission in Bonn stattgefunden.

Auch hier hat die Bundesrechtsanwaltskammer im Rahmen einer Anhörung auf die streckenweise sehr kritischen Fragen der Kommission geantwortet.

Schließlich muss sich die Anwaltschaft im Rahmen der ebenfalls in Brüssel geplanten europaweiten und alle Branchen übergreifenden "Dienstleistungsrichtlinie" positionieren.

Auch hieran arbeitet die Bundesrechtsanwaltskammer in dem dargestellten grundlegenden Sinne.



Auf Hamburger Ebene musste sich der Kammervorstand im letzten Jahr erneut mit einer geplanten Novellierung des Polizeirechts befassen.

Ein im August aus der Innenbehörde stammender Entwurf sah den schon in der Mottenkiste geglaubten "Großen Lauschangriff" auf Berufsheimnisträger erneut vor.

Es ist jedoch gelungen, die aus den Kammern und Verbänden der wichtigsten freien Berufe und der Kirchen gebildete "Allianz" der Berufsheimnisträger wieder zu beleben.

Hierdurch konnte erreicht werden, dass Innenbehörde und Senat inzwischen die Berufsheimnisse der Journalisten, Geistlichen, Pastoren und Rechtsanwälte im Interesse der Bürger respektieren und die Berufsheimnisträger deshalb von den Überwachungsmöglichkeiten ausnehmen.

Juristenausbildung

Auf der Grundlage des am 1. Juli 2003 in Kraft getretenen neuen Hamburgischen Juristenausbildungsgesetzes finden seit Mai 2004 regelmäßig Referendar-Arbeitsgemeinschaften zur Vorbereitung und im Rahmen der Anwaltsstation statt.

Der Schwerpunkt der AGs liegt im Bereich der Vermittlung praktischen Wissens für die Anwaltsstation.

Nach gewissen Anlaufschwierigkeiten ist es gelungen, den Qualitätsstandard deutlich zu verbessern.

Allerdings wird aus den Reihen der Referendare immer wieder kritisiert, die AG sei insgesamt zu wenig "examensrelevant".

Der Kammervorstand beobachtet die Entwicklung und wird nach einer ausreichenden Erprobungszeit entscheiden, ob an dem derzeitigen AG-Konzept Änderungen angezeigt sind.

Die angebotenen Wahl-Arbeitsgemeinschaften zu bestimmten Rechtsgebieten (z.B. Verwaltungsrecht, Presse-recht, Baurecht, Arbeitsrecht, Strafrecht) stoßen überraschenderweise bei den Referendaren auf wenig Interesse.

Bisher haben lediglich zwei AGs stattgefunden.

Die daraus resultierenden Minderausgaben hat der Kammervorstand zum Anlass genommen, die Ausbildungsumlage in diesem Jahr nur in Höhe von 10,- Euro zu erheben.

Auf Bundesebene konnten die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem DAV und den Kammern über die Zweckmäßigkeit einer auch finanziellen Beteiligung der Anwaltschaft an der derzeitigen Referendaraus-bildung nicht beigelegt werden. Der DAV propagiert nach wie vor nachhaltig die Einführung einer so genannten "Spartenausbildung".

Da eine "Privatisierung der Referendarausbildung", d.h. die Überantwortung in die Hände der Anwaltschaft für die Justizminister der Länder ein erhebliches Sparpotential eröffnet, dürfte hier das letzte Wort trotz der erst kurze Zeit zurückliegenden Reform der Juristenausbildung noch nicht gesprochen sein. Eine höchst-richterliche Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der in Hamburg erhobenen Ausbildungsumlage steht immer noch aus, erstinstanzlich hat die Kammer der Rechtsstreit gewonnen.

Berufsrecht

Die berufsrechtliche Diskussion wurde im ablaufenden Jahr vor allen Dingen zu folgenden Themenkreisen geführt:

Die Ausweitung der Fachanwaltschaften ist in der Anwaltschaft nach wie vor sehr umstritten.

Der Hamburger Kammervorstand hat sich jedoch für eine deutliche Ausweitung der Fachanwaltsbezeichnungen ausgesprochen.

Gemeinsam mit der Bundesrechtsanwaltskammer ist im Februar 2004 in Berlin ein Symposium ausgerichtet worden, das in den BRAK-Mitteilungen ausführlich dokumentiert ist.

Vielleicht auch durch diese Veranstaltung hat in der Satzungsversammlung ein Meinungsumschwung stattgefunden. Denn im November 2004 hat das Anwaltsparlament sechs neue Fachanwaltsbezeichnungen für Medizinrecht, Miet- und Wohnungseigentumsrecht, Verkehrsrecht, Bau- und Architektenrecht, Erbrecht, Transport- und Speditionsrecht beschlossen. Die Genehmigung durch das Bundesjustizministerium voraus-gesetzt, treten die Satzungsänderungen im Juli 2005 in Kraft. Der Kammervorstand wird rechtzeitig vorher die nach der Fachanwaltsordnung vorgesehenen Fachausschüsse für die jeweiligen Rechtsgebiete einsetzen.

In berufsrechtlicher Hinsicht war weiterhin die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der

Wahrnehmung widerstreitender Interessen in der besonderen Konstellation des Sozietätswechsels von Bedeutung.

Das Bundesverfassungsgericht hat § 3 Abs. 2 der Berufsordnung als verfassungswidrig insgesamt und nicht nur in der spezifischen entschiedenen Fallkonstellation kassiert. Da das Gericht jedoch offen gelassen hat, ob die Sozietäterstreckung des Verbots bereits aus § 43a Abs. 4 BRAO folgt und jedenfalls Gegenteiliges nicht festgestellt hat, geht der Hamburger Kammervorstand ebenso wie die anderen Vorstände und die Satzungsversammlung davon aus, dass innerhalb einer Sozietät widerstreitende Interessen nach wie vor nicht vertreten werden dürfen.

China-Aktivitäten

Die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur in Hamburg besteht zu einem Gutteil in einer Verstärkung des Handelsverkehrs mit der Volksrepublik China. Der Vorstand ist von der Justizbehörde deshalb darauf angesprochen worden, welchen Beitrag die Anwaltschaft zur Stärkung des Hamburger Standortes leisten könne.

Der Kammervorstand sieht für die Hamburger Anwaltschaft auch hier wichtige Perspektiven. Es wäre wünschenswert, wenn zunehmend mehr Hamburger Kanzleien auch in diesem Marktsegment Fuß fassen könnten.

Der Kammerpräsident hat deshalb den 1. Bürgermeister als Mitglied der Senatsdelegation auf seiner Reise in die Volksrepublik China begleitet. Die Kammer wollte damit zum einen erreichen, dass auch die Anwaltschaft bei dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Hamburg und der Volksrepublik China - insbesondere aber auch mit unserer Partnerstadt Shanghai - wahrgenommen und beteiligt wird.

Deshalb hat der Präsident statt einer Teilnahme am allgemeinen Programm an den jeweiligen Städten die dortigen Rechtsanwaltskammern und die chinesische Bundeskammer ACCLA besucht. Mit der Kammer Shanghai ist ein Partnerschaftsabkommen abgeschlossen worden, das eine konkrete Zusammenarbeit im Bereich des Austausches junger Juristen und einen allgemeinen Erfahrungsaustausch vorsieht. Darüber hinaus haben zwei Vertreter des Kammervorstandes an einem von der Kammer Shanghai ausgerichteten internationalen Anwaltskongress teilgenommen und dabei unter anderem den Abschluss eines Schiedsgerichtsabkommens zwischen Hamburg und Shanghai vorgeschlagen. Die konkreten Verhandlungen hierüber sollen im folgenden Jahr beginnen.

Darüber hinaus nimmt die Rechtsanwaltskammer an dem Aufbau eines weiterführenden Studienganges insbesondere für chinesische (und deutsche) junge Anwälte und Juristen mit dem Schwerpunkt "Europäisch-Chinesische Handelsbeziehungen" und dem akademischen Abschluss eines "LL.M." teil. Akademische Trägerin dieses Projektes ist die Universität, die wichtigsten Kooperationspartner sind das Max-Planck-Institut und die Rechtsanwaltskammer. Der Kammer liegt insbesondere daran, dass Hamburger Anwaltskanzleien im Rahmen dieser Ausbildung durch das Zurverfügungstellen von Praktikumsplätzen ihre Beziehungen nach China ausbauen können.

Neue Medien

Die elektronischen Medien sind zum festen Bestandteil des Anwaltsalltages geworden.

Deshalb konnte im abgelaufenen Jahr der Kammer-Schnellbrief sich einer zunehmend großen Anzahl von Lesern erfreuen.

Die Bundesrechtsanwaltskammer erstellt seit Herbst letzten Jahres regelmäßig auch einen "überregionalen Teil", das "Kammer-Info". Wir verschicken diese Information inzwischen an 2050 Anwaltskolleginnen und Kollegen. Die Nutzung der Internetseite nimmt weiterhin deutlich zu.

Im November 2004 ist der seit über zehn Jahren von der Kammer betriebene Anwaltsuchdienst auch im Internet unter der Adresse „<http://www.anwaltssuche-kammer-hamburg.de>“ verfügbar. Hierüber wurde nicht nur in den so genannten "Wochenblättern", sondern auch im Hamburger Abendblatt berichtet.

Nach wie vor finanziert der Kammervorstand die Mailingliste „anwalt@listserve.mantis.de“. Die Teilnehmerzahl hat sich im Jahr 2004 weiter deutlich erhöht und betrug am Jahresende ca. 800 Teilnehmer.

Die elektronische Signatur hat sich auch im Jahre 2004 nicht durchgesetzt. Dies mag u. a. darauf zurückzuführen sein, dass es nach wie vor nur beschränkte Einsatzmöglichkeiten für die Karte gibt. Allerdings konnte die Zahl der ausgegebenen Signaturkarten von 19 am 1. Januar 2004 auf 30 am 31. Dezember 2004 erhöht werden.

Beschwerdeverfahren

Wie in den vergangenen Jahren bindet die Bearbeitung von Beschwerden über Rechtsanwälte einen Großteil der Arbeitskapazität des Kammervorstandes.

Die Gesamtzahl ist im Jahr 2004 gegenüber 2003 gestiegen.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildete die Befassung der Beschwerdeabteilungen mit Fällen des so genannten "automatisierten Inkasso" durch Rechtsanwälte.

Insbesondere im Zusammenhang mit dem Einzug von Kleinforderungen aus der Telekommunikationsbranche hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die Anzahl der Beschwerden deutlich zugenommen.

Im Übrigen haben sich die Beschwerdegegenstände im Jahre 2004 gegenüber den Vorjahren wenig verändert: Nach wie vor werden die meisten Beschwerden wegen schleppender oder unterbliebener Bearbeitung eines Mandates vorgetragen. Es folgen die Fälle der unterbliebenen Antwort auf Mandantenanfragen, der unkorrekten Behandlung von Fremdgeld oder unterlassenen oder verspäteten Abrechnung eines Mandates.

Die Eingaben wegen anwaltlicher Schlechtleistung können allerdings inhaltlich aus Rechtsgründen nicht bearbeitet werden, da der Kammervorstand keine Befugnis zur Qualitätskontrolle hat. Die Beschwerdeführer müssen in allen diesen Fällen auf den Zivilrechtsweg verwiesen werden.

G e s c h ä f t s b e r i c h t 2 0 0 4

Die Einzelheiten des Beschwerdeaufkommens entnehmen Sie bitte der folgenden Statistik:

	2004	2003
Im Berichtsjahr eingegangene Beschwerden	964	797
aus den Vorjahren übernommen	<u>804</u>	<u>731</u>
insgesamt im Jahre 2004 zu bearbeiten gewesen	1.768	1.528
davon als unschlüssig zurückgewiesen ohne Stellungnahme der betroffenen Rechtsanwälte	476	277
nach Stellungnahme als unbegründet zurückgewiesen	138	157
aus dem Vorjahr als unbegründet zurückgewiesen	242	237
Rügen gemäß § 74 BRAO	29	30
An die Generalstaatsanwaltschaft abgegeben zur Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Ermittlungsverfahrens	21	17
Erteilte Belehrungen gemäß § 73 Abs. 2 Ziff. 1 BRAO	<u>2</u>	<u>6</u>
insgesamt abgeschlossen	908	724

Der Rest von 860 Akten ist am 31. Dezember 2004 noch anhängig gewesen.

Die vom Kammervorstand gemäß § 77 Abs. 1 BRAO gebildeten Beschwerdeabteilungen waren am 31. Dezember 2004 wie folgt besetzt:

Abteilung 1 (A bis E)

Otmar Kury (Vorsitzender)
Bernd-Ludwig Holle
Dr. Henning von Wedel

Abteilung 2 (F bis K)

Annette Voges (Vorsitzende)
Dr. Carsten Harms
Ute Balten

Abteilung 3 (L bis R)

Malte Nehls (Vorsitzender)
Dr. jur. h.c. Gerhard Strate
Dr. Volker Meinberg

Abteilung 4 (S bis Z)

Dr. Joachim Blau (Vorsitzender)
Gül Sabiha Pinar
Dietrich Krause

Vermittlungen

Zu den gesetzlichen Aufgaben der Kammer gehört es auch, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Kolleginnen bzw. Kollegen und den Auftraggebern zu vermitteln (§ 73 Abs. 2 Zfn. 2 und 3 BRAO).

Dies bezieht sich vor allen Dingen auf Meinungsverschiedenheiten über die Höhe von Gebührenrechnungen.

Die Vorstandsmitglieder und insbesondere die Geschäftsstelle nehmen diese Aufgabe wahr.

Im Jahr 2004 ist in 124 Fällen entweder schriftlich vermittelt oder im Gespräch mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen bzw. nach schriftlicher Stellungnahme ein Vermittlungsvorschlag unterbreitet worden.

Einzelne Vorstandsmitglieder vermitteln außerdem bei Sozietätstrennungen oder Meinungsverschiedenheiten z.B. über die Auslegung von Trennungvereinbarungen ehemaliger Sozien.

Gebührengutachten

Zu den Aufgaben des Kammervorstandes gehört es weiter, auf gerichtliche Anforderung Gebührengutachten in Honorarprozessen zu erstatten (§ 73 Abs. 2 Nr. 8 BRAO).

Die hierfür eingerichteten Gebührenabteilungen erstatten diese Gutachten vorwiegend zur Angemessenheit von Rahmengebühren im Bereich der §§ 83, 84, 116, 118 BRAGO bzw. der Nachfolgebestimmungen des Vergütungsverzeichnisses zum RVG.

Diese von den Gerichten angeforderten Gutachten werden kostenlos erstattet. Sie sind oftmals hochkompliziert und umfangreich und belasten die Mitglieder der Gebührenabteilungen erheblich.

Der besonderen Erwähnung bedarf, dass die Mitglieder der Gebührenabteilungen darüber hinaus den Kolleginnen und Kollegen auch für Gebührenauskünfte oder Schlichtungen (meist über die Kammergeschäftsstelle) zur Verfügung stehen und in Einzelfällen bei Streitigkeiten z.B. über die Auslegung von Honorarvereinbarungen persönlich vermitteln.

Den Geschäftsanfall im Einzelnen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Aufstellung:

Aus den Vorjahren übernommene Gutachten	13	
Gerichtliche Gutachtenanforderungen 2004		
- Erstgutachten	73	
- Ergänzungsgutachten	<u>4</u>	
- insgesamt in 2004 zu erstatten		90
davon Gutachten erstattet		
- aus den Vorjahren	13	
- aus 2004	<u>62</u>	
Im Jahre 2004 insgesamt erledigt	75	75
- 7 Akten gingen ohne Gutachten zurück ans Gericht		<u>7</u>
Am 31. Dezember 2004 noch offene Gebührengutachten		8

Der Kammervorstand hat gemäß § 77 Abs. 1 BRAO drei Gebührenabteilungen gebildet, die sich am 31. Dezember 2004 wie folgt zusammensetzten:

Gebührenabteilung 1	Gebührenabteilung 2	Gebührenabteilung 3
Jan H. Kern (Vorsitzender)	Dr. Jürgen Scheer (Vorsitzender)	Eckart Brödermann
Rüdiger Ludwig	Friedrich-Wilhelm Reineke	Corinna Struck
Gerd Uecker	Annette Teichler	Christoph Nebgen

Zusammensetzung des Vorstandes

Auf der Kammerversammlung vom 20. April 2004 fanden turnusmäßig Vorstandswahlen statt. Im Hinblick auf den gestiegenen Arbeitsanfall hat die Kammerversammlung auf Vorschlag des Vorstandes die Zahl der Vorstandsmitglieder um eines auf 23 erhöht.

Die Amtszeiten der Vorstandsmitglieder Dr. Klaus von Gierke, Roberto Carballo Lazáro, Jan H. Kern, Dietrich Krause und Otmar Kury liefen turnusmäßig aus.

Herr Abogado Carballo Lazáro und Herr Rechtsanwalt Dr. von Gierke hatten sich entschieden, nicht wieder zu kandidieren.

In den Kammervorstand wurden neu gewählt: Die Rechtsanwältinnen Gül Pinar und Annette Teichler sowie die Rechtsanwälte Christoph Nebgen und Gerd Uecker. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Jan H. Kern, Dietrich Krause und Otmar Kury wurden in ihren Ämtern bestätigt. Die Amtszeit von Herrn Rechtsanwalt Nebgen beträgt zunächst ein Jahr, die Amtszeit der weiteren Gewählten vier Jahre.

Seit dem 20. April 2004 gehören dem Vorstand damit nunmehr folgende Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte an:

Ute Balten	Christoph Nebgen
Dr. Joachim Blau	Malte Nehls
Dr. Eckart Brödermann	Friedrich W. Reineke
Axel C. Filges	Gül Sabiha Pinar
Dr. Carsten Harms	Dr. Jürgen Scheer
Bernd-Ludwig Holle	Dr. jur. h.c. Gerhard Strate
Jan H. Kern	Corinna Struck
Dietrich Krause	Annette Teichler
Otmar Kury	Gerd Uecker
Dr. Christian von Lenthe	Annette Voges
Rüdiger Ludwig	Dr. Henning von Wedel
Dr. Volker Meinberg	

Auf der Vorstandssitzung vom 5. Mai 2004 wurde das Präsidium wie folgt gewählt:

Axel C. Filges, Präsident
Ute Balten, Vizepräsidentin
Otmar Kury, Vizepräsident
Dietrich Krause, Schriftführer
Bernd-Ludwig Holle, Schatzmeister.

Der Geschäftsführung gehörten im Jahre 2004 Frau Rechtsanwältin Claudia Conrad sowie Herr Rechtsanwalt Hartmut Scharmer an. Frau Rechtsanwältin Dr. Carolin Kenter hat am 1. Januar 2004 ihre Tätigkeit in der Geschäftsstelle der Kammer aufgenommen.

Fachanwaltschaften

Im Berichtsjahr 2004 hat der Kammervorstand über Fachanwaltsanträge wie folgt entschieden:

Arbeitsrecht

Aus 2003 und davor übernommene Anträge	14	
2004 eingegangene Anträge	<u>36</u>	
insgesamt im Jahre 2004 zu bearbeiten	50	
Stattgaben	33	
Ablehnungen	<u>2</u>	
Entscheidungen im Jahre 2004	35	<u>35</u>
Am 31. Dezember 2004 noch anhängig	15	

Insolvenzrecht

Aus 2003 und davor übernommene Anträge	6	
2004 eingegangene Anträge	<u>7</u>	
insgesamt im Jahre 2004 zu bearbeiten	13	
Stattgaben	8	
Ablehnungen	<u>1</u>	
Entscheidungen im Jahre 2004	9	<u>9</u>
Am 31. Dezember 2004 noch anhängig	4	

Steuerrecht

Aus 2003 und davor übernommene Anträge:	9	
2004 eingegangene Anträge	<u>19</u>	
insgesamt im Jahre 2004 zu bearbeiten	28	
Stattgaben	17	
Ablehnungen	5	
zurückgenommen	<u>1</u>	
Entscheidungen im Jahre 2004	23	<u>23</u>
Am 31. Dezember 2004 noch anhängig	5	

Verwaltungsrecht

Aus 2003 und davor übernommene Anträge	5	
2004 eingegangene Anträge	<u>2</u>	
insgesamt im Jahre 2004 zu bearbeiten	7	
Stattgaben	2	
Ablehnungen	0	
zurückgenommen	<u>1</u>	
Entscheidungen im Jahre 2002	3	<u>3</u>
Am 31. Dezember 2004 noch anhängig:	4	

Familienrecht

Aus 2003 und davor übernommene Anträge	2	
2004 eingegangene Anträge	<u>8</u>	
insgesamt im Jahre 2004 zu bearbeiten	10	
Stattgaben:	6	
zurückgenommen	<u>1</u>	
Entscheidungen im Jahre 2003	7	<u>7</u>
Am 31. Dezember 2004 noch anhängig	3	

Sozialrecht

Aus 2003 und davor übernommene Anträge	1	
2004 eingegangene Anträge	<u>1</u>	
insgesamt im Jahre 2004 zu bearbeiten	2	
Stattgaben	1	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2004	1	<u>1</u>
Am 31. Dezember 2004 noch anhängig	1	

Strafrecht

Aus 2003 und davor übernommene Anträge:	1	
2004 eingegangene Anträge	<u>5</u>	
insgesamt im Jahre 2004 zu bearbeiten	6	
Stattgaben	5	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2004	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2004 noch anhängig	1	

Versicherungsrecht (neu eingerichtet am 8.4.2004)

Im Jahre 2004 eingegangene Anträge	15	
Stattgaben	9	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2004	9	<u>9</u>
Am 31. Dezember 2004 noch anhängig	6	

Insgesamt gab es in Hamburg am 31. Dezember 2004 735 Fachanwälte, davon:

230 für Arbeitsrecht (davon 48 Fachanwältinnen)
 151 für Familienrecht (davon 82 Fachanwältinnen)
 30 für Insolvenzrecht (davon 2 Fachanwältinnen)
 33 für Sozialrecht (davon 7 Fachanwältinnen)

199 für Steuerrecht (davon 23 Fachanwältinnen)
 52 für Strafrecht (davon 14 Fachanwältinnen)
 8 für Versicherungsrecht (davon 1 Fachanwältin)
 32 für Verwaltungsrecht (davon 1 Fachanwältin).

G e s c h ä f t s b e r i c h t 2 0 0 4

Die Fachausschüsse waren im Berichtsjahr wie folgt besetzt:

Arbeitsrecht

Rolf Stahmer (Vorsitzender)
Hartmut Scharmer
Silke Grage
Gabriele Zimmermann
Rüdiger Heß (Stellvertr. Mitglied)

Familienrecht I

Ute Balten (Vorsitzende)
Gisela Friedrichs
Peter Leßmann
Rita Brockmann-Wiese

Familienrecht II

Dr. Gottfried Hantke (Vorsitzender)
Lore Hessler-Bartels
Annette Teichler
Jürgen Bandelow

Insolvenzrecht

Dr. Klaus Pannen (Vorsitzender)
Sönke Hansen
Heiko Fialski
Hinnerk-Joachim Müller
(Stellvertr. Mitglied)

Sozialrecht

Henry Lomer (Vorsitzender)
Eckhard Klitzing
Rainer Willhoeft
Lukas Weitbrecht

Steuerrecht

Dr. Kai Greve (Vorsitzender)
Dr. Alexander Busse
Ulf von Sothen
Dr. Ulrich Möhrle

Strafrecht

Dr. jur.h.c. Gerhard Strate
(Vorsitzender)
Otmar Kury
Johann Schwenn
Kathrin Schulz

Versicherungsrecht

Dieter Behling (Vorsitzender)
Malte Nehls
Dr. Carsten Harms
Oliver Meixner
Jan Volker Glauber
(Stellvertr. Mitglied)

Verwaltungsrecht

Dr. Peter Oberthür (Vorsitzender)
Einar von Harten
Nikolaus Piontek
Dr. Fritz von Hammerstein
(Stellvertr. Mitglied)

Berufsausbildung

Die Anzahl der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse zur Rechtsanwaltsfachangestellten ist im Berichtsjahr entgegen dem Bundesdurchschnitt gestiegen (von 236 im Jahre 2003 auf 266 im Jahre 2004). Zu den Abschlussprüfungen im Sommer und Winter 2004 meldeten sich insgesamt 264 Auszubildende an, unter ihnen 42 Umschülerinnen.

Die Prüfungen brachten folgende Resultate:

Erstausbildung

33 Prüflinge haben mit dem Prädikat „sehr gut“,
67 Prüflinge haben mit dem Prädikat „gut“,
63 Prüflinge haben mit dem Prädikat „befriedigend“,
34 Prüflinge haben ohne Prädikat bestanden,
25 Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden,
(11,26 %)

Umschülerinnen

3 Prüflinge haben mit dem Prädikat „sehr gut“
11 Prüflinge haben mit dem Prädikat „gut“,
17 Prüflinge haben mit dem Prädikat „befriedigend“,
6 Prüflinge haben ohne Prädikat bestanden,
5 Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden
(11,9 %)

Als Ausbildungsberater waren die Rechtsanwälte Hartmut Kostencki, Heiko Kreuzfeldt, Norbert Radeke, Dr. Dieter Putzier, Jürgen Steiner und Frank Robotta ehrenamtlich tätig.
Der Kammervorstand dankt den Kollegen für ihr Engagement.

Die Kammer bemühte sich auch im Jahre 2004 verstärkt um die Gewinnung von Nachwuchs im Bereich der Rechtsanwaltsfachangestellten. Dies geschah u. a. durch die Beauftragung einer Agentur, die Flyer, Plakate und eine Zeitungsannonce entworfen hat, mit deren Hilfe nun in Schulen, auf Messen und im Extrablatt „Berufsausbildung“ des Hamburger Abendblattes für die Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten geworben wird.

Auf der Internetseite der Rechtsanwaltskammer findet sich eine jeweils aktuelle Liste sowohl freier Lehrstellen, als auch zur Verfügung stehender Praktikantenplätze. Uns gemeldete freie Ausbildungsplätze werden auch auf der Internetseite der Handelskammer „www.hamburger-lehrstellenboerse.de“ veröffentlicht.

Die Rechtsanwaltskammer beteiligt sich auch an dem Projekt „Hamburger Initiative für Arbeit und Ausbildung“, indem auf der Internetseite „www.ausbildung-hh.de“ ein Link auf unsere Lehrstellenbörse gesetzt wurde.

Der Fortbildungskurs „Geprüfter Rechtsfachwirt / Geprüfte Rechtsfachwirtin“ endete im August 2004. Von 35 Teilnehmerinnen haben 29 Teilnehmerinnen die Prüfung im ersten Anlauf bestanden. Derzeit laufen die Wiederholungsprüfungen. Der nächste Kurs beginnt im Herbst 2005.

Die Rechtsanwaltskammer nahm im September 2004 auch an der „10. Hanseatischen Lehrstellenbörse“ teil.

Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte

Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer zahlte im Jahre 2004 an die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte für jedes Kammermitglied einen Jahresbeitrag von 20,- Euro, mithin 141.500,- Euro.

2004 unterstützte die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte 131 Kammermitglieder, Witwen und Kinder im Bezirk der ihr angeschlossenen sechs Rechtsanwaltskammern mit monatlichen und/oder einmaligen Zahlungen von insgesamt 427.895,- Euro.

Im Bereich der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Hamburg erhielten:

11 Kammermitglieder einschließlich ehemaliger Rechtsanwälte, 19 Anwaltswitwen, die aus Alters-, Krankheits- oder aus ähnlichen Gründen berufsbehindert bzw. berufsunfähig sind, einmalige Zahlungen und/oder laufende Unterstützungen bis zu monatlich 510,- Euro (in Ausnahmefällen wurde dieser Richtsatz um bis zu 40 % überschritten). Ferner wurde eine Pflegezulage von bis zu 153,- Euro gezahlt.

13 minderjährige oder in Ausbildung befindliche Kinder erhielten eine Unterstützung von bis zu 327,- Euro monatlich - entsprechend den Sätzen der Regelunterhaltsverordnung.

2004 kehrte die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte im Bereich der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer 150.705,- Euro an laufenden Unterstützungen sowie einmaligen Zahlungen aus.

Zusätzlich verteilte die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte 2004 im gesamten Bundesgebiet 169.680,36 Euro aus dem Spendenaufkommen. Hiervon erhielten die Unterstützten aus dem Bereich der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer 14.620,- Euro.

Mitgliederstatistik

Mitgliederzahl 31. Dezember 2004

	<u>m</u>	<u>w</u>	Gesamt
Rechtsanwälte	5.271	2.129	7.400
Rechtsbeistände	48	0	48
davon sind zugleich			
Steuerberater	161	7	
Wirtschaftsprüfer	93	0	
Vereidigte Buchprüfer	47	2	
Ausländische Anwälte	11	6	17
davon Europäische	11	5	
ausl. Anwälte gemäß § 206 BRAO	0	1	
Rechtsanwalts-GmbH			5
Mitglied gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 BRAO			<u>1</u>
Mitglieder			7.471 =====

Veränderungen 2004

Mitgliederzahl 1. Januar 2004 7.075

	<u>RA</u>	<u>RAin</u>	<u>RB</u>	<u>AA</u>	<u>AAin</u>	<u>GmbH</u>	<u>§ 60 BRAO</u>	
Zulassungen								
Neuzulassungen	284	213		2	3		= 502	
Kammerwechsel	119	60					= 179	
Wiederzulassungen	<u>9</u>	<u>5</u>					= 14	
	412	278		2	3		+	<u>695</u>
Löschungen								
Verstorben	16	1	1				= 18	
Kammerwechsel	104	46					= 150	
Verzicht	76	40	3	1		1	= 121	
Widerruf aus anderem Grund	<u>8</u>	<u>2</u>					= 10	
	204	89	4	1		1	-	<u>299</u>

Mitglieder 31. Dezember 2004 7.471

Abkürzungen: RB = Rechtsbeistände, AA = Ausländischer Anwalt, AAin = ausländische Anwältin, § 60 BRAO: nichtanwaltlicher Geschäftsführer einer RA-GmbH

Im Jahre 2004 sind verstorben:

Dr. Kurt Abendroth
Manfred O. Beyrau
Baldur Brenke - RB -
Hellmut Drunagel
Matthias Eisenführ
Thomas Kloss

Niels Kreye
Dr. Karl-Joachim Latuske
Axel aus der Mühlen
Almute Nagorny
Lothar Peters
Klaus Quaritsch

Johannes Schneider
Holger K. Schröder
Dr. Bernd Schürhoff
Hans-Helmut Segelken
Dr. Christian Wilde
Dr. Günther Wolf

G e s c h ä f t s b e r i c h t 2 0 0 4

Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt (Stand am 31. Dezember):

Geschäftsjahr	Mitgliederzahl	Geschäftsjahr	Mitgliederzahl
1995	4722	2000	5962
1996	4895	2001	6379
1997	5146	2002	6719
1998	5418	2003	7075
1999	5643	2004	7471

Prozentual ist die Mitgliederzahl in 2004 um 5,6 % (Vorjahr 5,29 %) gestiegen.

Anwaltsgericht

Das Hamburgische Anwaltsgericht war am 31. Dezember 2004 wie folgt besetzt:

Geschäftsleitender Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Hans Christoph von Oppeln-Bronikowski.

Kammer I

Dr. Hans Christoph von Oppeln-Bronikowski, Vorsitzender
Nikolaus Herzog von Oldenburg, Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Beate Backhaus
Siegfried Schäfer
Dr. Wolfgang Deuchler

Kammer II

Dieter Roloff, Vorsitzender
Dr. Christoph Hasche, Stellvertretender Vorsitzender
Wolf Römmig
Thomas Scholle
Dr. Frank Mitzkus

Kammer III

Dr. Günter Schmeel, Vorsitzender
Verena Zahn, Stellvertretende Vorsitzende
Jörg Schimanski
Johann Schwenn
Axel Neelmeier.

Das Anwaltsgericht verzeichnete im Geschäftsjahr 2004
Aus 2003 wurden übernommen
Von den insgesamt in 2004 anhängigen
wurden in I. Instanz
erledigt, so dass in das Jahr 2005
übernommen wurden.

39 Neueingänge
7 Verfahren
46 Verfahren
39 Verfahren *
7 Verfahren

Das Anwaltsgericht hat im Geschäftsjahr 2004
und
erlassen.

10 Urteile
23 Beschlüsse
33 Entscheidungen *

* Die Differenz ergibt sich aus der Verbindung einiger Verfahren sowie Rücknahmen.

Von den Urteilen lauten:

- 2 auf Verweis
- 1 auf Verweis und Euro 400,-- Geldbuße
- 2 auf Verweis und Euro 1.500,-- Geldbuße
- 2 auf Verweis und Euro 3.000,-- Geldbuße
- 1 auf Verweis und Euro 5.000,-- Geldbuße
- 1 auf Verweis und Euro 7.500,-- Geldbuße
- 1 auf Vertretungsverbot auf dem Gebiet des Kapitalanlage- und Gesellschaftsrechts zivilrechtlich und strafrechtlich) sowie als Treuhänder auf sämtlichen Rechtsgebieten für die Dauer von 5 Jahren.

Von den Beschlüssen lauten:

- 13 auf Zustimmung zur Einstellung gemäß § 153 StPO
- 1 auf Zustimmung zur Einstellung gemäß § 153a Abs. 1 StPO gegen Zahlung von Euro 500,--
- 1 auf Zustimmung zur Einstellung gemäß § 153a Abs. 1 StPO gegen Zahlung von Euro 1.500,--
- 2 auf Einstellung gemäß § 153a Abs. 2 StPO gegen Zahlung von Euro 500,--
- 1 auf Einstellung gemäß § 153a Abs. 2 StPO gegen Zahlung von Euro 2.000,--
- 5 auf Aufrechterhaltung der Rüge.

Ein Antrag gemäß § 74a BRAO ist zurückgenommen worden, ebenso eine Anschuldigungsschrift, diese, weil der Rechtsanwalt nicht mehr der Berufsgerichtsbarkeit unterlag.

Gegen zwei Urteile wurde Berufung eingelegt. Eine Berufung wurde von der Generalstaatsanwaltschaft zurückgenommen, über die weitere Berufung hat der Anwaltsgerichtshof noch nicht entschieden.

Im Jahre 2004 sind nachstehend aufgeführte Entscheidungen über Verfahren aus früheren Jahren ergangen:

1. Eine Berufung wurde verworfen.
2. Ein Verfahren wurde gemäß § 153a Abs. 2 StPO gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von Euro 750,-- an die Hülfskasse eingestellt.
3. Die Beschwerde eines Rechtsanwalts gegen die Nichtzulassung der Revision gegen ein Urteil des Anwaltsgerichtshofes wurde vom Bundesgerichtshof zurückgewiesen.

Anwaltsgerichtshof in der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Anwaltsgerichtshof bestand im Berichtsjahr 2004 wie in den Jahren zuvor aus zwei Senaten. Diese waren am 31. Dezember 2004 wie folgt besetzt:

Präsident: RA. Reinhard Daum (ab 01.04.2004)

I. Senat

RA Reinhard Daum, Vorsitzender
 RA Dr. Kay Soehring, stellv. Vors.
 RA Dr. Hans-Jürgen Grambow
 RA Dr. Christian Bernzen
 RA Dr. Joachim Frhr. von Falkenhausen
 VRiOLG Dr. Ernst-Rainer Schudt
 RiOLG Henning Huusmann
 VRiOLG Axel Gärtner
 RinOLG Sabine Happ-Göhring

II. Senat

RA Klaus-Ulrich Ventzke, Vorsitzender
 RA Hubertus von der Recke, stellv. Vors.
 RAin Susanne Pötz-Neuburger
 RA Dr. Raimond Emde
 RA Dr. Matthias Wolter
 VRiOLG Gerd Harder
 RiOLG Hans Lauenstein
 VRiOLG Dr. Helmut Büchel
 RiOLG Norbert Sakuth

Die Einzelheiten der Geschäftstätigkeit des Anwaltsgerichtshofes und deren Gegenstände entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Statistik :

	Nicht erledigte Verfahren am Beginn des Jahres	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Verfahrensdauer der erledigten Sachen		Nicht erledigte Verfahren am Ende des Jahres
				bis 6 Monate	über 6 Monate	
1. Zulassungsverfahren	3	5	3	0	3	5
2. Rücknahme- und Widerrufsverfahren	4	1	3	2	1	2
3. Vollziehungsanordnung der Landesjustizverwaltung gem. § 16 Abs. 6 BRAO						
4. Sonstige Bescheide der Landesjustizverwaltung						
5. Verfahren nach § 57 Abs. 3 BRAO	3	3	4	1	3	2
6. Berufungen nach § 143 BRAO	5	1	3	2	1	3
7. Verfahren nach §§ 122 Abs. 2, 123 Abs. 2, 142 BRAO						
8. Verfahren nach §§ 150, 161a BRAO						
9. Verfahren nach § 223 BRAO	4	4	4	1	3	4
hiervon Fachanwaltsverfahren	4	4	4	1	3	4
10. Sonstige Verfahren nach BRAO	1	2	3	2	1	0
Gesamt	20	16	20	8	12	16

Vorbemerkungen

Der Kammervorstand berichtet hiermit der Kammerversammlung gemäß § 73 Abs. 2 Nr. 7 BRAO über die Verwaltung des Vermögens im abgelaufenen Geschäftsjahr 2004 und kommt seiner Verpflichtung zur Rechnungslegung damit nach.

Sie finden nachstehend:

1. Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2004 einschließlich eines Vergleiches zum Vorjahr - Anlage 1 -
2. Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung in der Form einer detaillierten Übersicht über die einzelnen Einnahmen sowie Ausgaben einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 2 -
3. Eine Darstellung der Bestandsentwicklung der liquiden Mittel nach dem Stand des 31.12.2004 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 3 -
4. Einen aktualisierten Haushaltsplan für das Jahr 2005 sowie einen Haushaltsplan für das Jahr 2006 als Grundlage für die Beschlussfassung über den Kammerbeitrag 2006 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 4 -
5. Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendar- ausbildung - Anlage 5 -
6. Erläuterungen zu 5. - Anlage 6 -

1. Sie finden als Anlage 3 eine Darstellung der Bestandsentwicklung der liquiden Mittel um den Finanzstatus über Anlage 1 und 2 hinaus transparent werden zu lassen.
2. Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer trägt gemäß § 98 Abs. 2 BRAO die Kosten des Amtsgerichts. Diese betragen im Berichtsjahr 2004 insgesamt Euro 25.500,74 (Personalkosten 15.958,83 Euro, Miete 4.788,96 Euro und allgemeine Bürokosten 4.752,95 Euro).
3. In der Geschäftsstelle waren am 31.12.2004 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich der Geschäftsführung) beschäftigt, davon 5 Teilzeitkräfte.
Eine langzeiterkrankte Mitarbeiterin scheidet zum 31.03.2005 aus dem Arbeitsverhältnis mit der Rechtsanwaltskammer aus. Sie wird durch eine befristet eingestellte Mitarbeiterin vertreten.
4. Durch Beitragsfreistellung bzw. -ermäßigungen haben sich Mindereinnahmen wie folgt ergeben:

	2004	2003
1. Ermäßigungen für Berufsanfänger (§ 4 Ziff. 1a BeitrO)	Euro 106.317,50	Euro 100.088,91
2. Ermäßigungen in Härtefällen (§ 6 BeitrO)	Euro 11.861,50	Euro 21.847,50
3. Beitragserlasse wegen Schwerbehinderung (§ 3 BeitrO)	Euro 10.750,00	Euro 9.890,00
4. Beitragserlasse wegen Ausscheidens (§ 4 Ziff. 1b BeitrO)	Euro 6.531,00	Euro 7.930,00
5. Ermäßigungen wegen Kammerwechsels (§ 4 Ziff. 1b BeitrO)	Euro 5.184,00	Euro 3.528,00
6. Beitragserlasse wegen Todes eines Mitglieds (§ 6 BeitrO)	<u>Euro 2.365,00</u>	<u>Euro 1.720,00</u>
	<u>Euro 143.009,00</u>	<u>Euro 145.004,41</u>

R e c h n u n g s l e g u n g 2 0 0 4

Am 31.12.2004 bestanden noch offene Beitragsforderungen aus den Vorjahren in Höhe von Euro 44.791,10 (2003 = Euro 25.274,60). Aus der Ausbildungsumlage bestehen Rückstände in Höhe von Euro 5.258,59. Die Realisierungsmöglichkeiten dieser Forderungen sind ungewiss.

5. Die Einnahmen- und Ausgabenrechnung weist für 2004 einen Überschuss von Euro 81.514,62 aus. In den letzten zehn Geschäftsjahren wurden jeweils folgende Ergebnisse erzielt:

Geschäftsjahr	Jahresergebnis DM	Reinvermögen TDM	Geschäftsjahr	Jahresergebnis DM	Reinvermögen TDM
1993	./. 10.076	989	2001	+ 512.436	2.822
1994	+ 199.287	1.188		EUR	TEuro
1995	+ 244.876	1.433	2002	+ 244.603,34	1.658
1996	+ 257.718	1.691			(= 3.247 TDM)
1997	+ 369.517	2.060	2003	+ 96.305,85	1.754
1998	+ 81.389	2.142			(= 3.430 TDM)
1999	- 25.544	2.116	2004	- 81.514,62	
2000	+ 193.705	2.310			

6. Beitragsverwendung 2004

Der Kammerbeitrag enthält Euro 51,00 durchlaufende Gelder:

Für jedes am 1. Januar 2004 zugelassene Mitglied zahlt die Hanseatische Rechtsanwaltskammer an die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte Euro 20,00 und an die Bundesrechtsanwaltskammer Euro 31,00. Im Beitrag an die Bundesrechtsanwaltskammer sind Euro 2,00 für den Sonderfond Öffentlichkeitsarbeit enthalten.

7. Im Berichtsjahr sind erhebliche Kosten für die Renovierung und Erweiterung der Kammergeschäftsstelle angefallen.

Im Zuge der Renovierung musste der Teppichboden ausgetauscht, die gesamte Kammergeschäftsstelle gestrichen und verbrauchtes Büromobiliar ersetzt werden.

Aufgrund der mieterfreundlichen Situation des Immobilienmarktes bestand die Möglichkeit, kostengünstig eine Erweiterungsfläche anzumieten. Die Herrichtung dieser Fläche zu Tagungszwecken war von der Kammer zu finanzieren.

Die Kosten hierfür werden aus den Rücklagen der Rechtsanwaltskammer bestritten.

8. Sie finden als Anlage 5 und 6 die Abrechnung über die im Jahre 2004 erstmalig erhobene Ausbildungsumlage.

Es wurde ein Überschuss von ca. 122.000 Euro erzielt, da die Umlage zwar für das ganze Jahr erhoben, jedoch Kosten erst ab Mai (Beginn der Arbeitsgemeinschaften) bzw. September (Einstellung des "Klausurerstellers" für das Gemeinsame Prüfungsamt) entstanden sind.

Die ersparten Kosten werden in der Form an die Kollegenschaft zurückgegeben, dass im Jahre 2005 von der Ausbildungsumlage nur ein Teilbetrag in Höhe von 10 Euro erhoben wird. Ab 2006 wird die Ausbildungsumlage voraussichtlich wieder in der beschlossenen Höhe von 25 Euro pro Kammermitglied erhoben werden müssen.

Der vorhandene Überschuss von 122.000 Euro ist zwar Kammervermögen.

Er wird wegen seiner Zweckbindung für die Juristenausbildung jedoch gesondert ausgewiesen. Die Abwicklung der Zahlungen erfolgt über ein gesondertes Konto und einen gesonderten Buchungskreislauf. In die Kammerrechnungslegung gemäß Anlagen 1 bis 4 gehen diese Beträge deswegen nicht ein.

Prüfung der Rechnungslegung

Die Becker & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft hat den Jahresabschluss 2004 auf der Basis der von der Kammer erstellten Buchhaltung geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Die Einnahmen-/Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr wurde von uns anhand der vorgelegten Buchführung, der vorgelegten Unterlagen sowie der erteilten Auskünfte unter Beachtung des Gesetzes und der Satzung geprüft. Die Buchführung ist nach unseren Feststellungen und unserer Überzeugung ordnungsgemäß geführt. Die Einnahmen-/Ausgabenrechnung entspricht nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.“

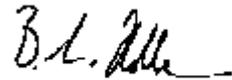
Auf der Kammerversammlung 2002 sind als Kassenprüfer des Vorstandes die Rechtsanwälte und Fachanwälte für Steuerrecht Herr Eckhard Wolter und Herr Stephan May gewählt worden.

Beide Herren haben die Buchhaltungsunterlagen einschließlich der Belege für 2004 geprüft und keine Beanstandungen erhoben. Sie werden auf der Kammerversammlung über ihre Feststellungen berichten.

Hamburg, den 21. März 2005



Präsident



Bernd-Ludwig Holle
Schatzmeister

R e c h n u n g s l e g u n g 2 0 0 4

Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2004

Anlage 1

	<u>2003</u> <u>EUR</u>	<u>2004</u> <u>EUR</u>	<u>Äbw.</u> <u>TEUR</u>
I. Einnahmen			
1. Kammerbeiträge	1.440.235,76	1.496.310,85	56
2. Zulassungsgebühren/ Fachanwaltsgebühren	84.877,40	88.179,00	3
3. Prüfungsgebühren, Berufsausbildung/Fortbildung	32.272,75	24.346,00	-8
4. Aufsichtsverfahren	32.448,80	16.330,40	-16
5. Vermögenserträge	54.376,82	23.512,56	-31
6. Seminare	0,00	38.150,00	38
7. sonstige Einnahmen	8.568,84	10.371,84	2
8. Durchlaufende Gelder	0,00	4.530,00	5
Gesamteinnahmen	<u>1.652.780,37</u>	<u>1.701.730,65</u>	<u>49</u>
II. Ausgaben			
1. Personalkosten ¹⁾	627.762,03	696.758,38	69
2. Verwaltungskosten ²⁾	204.869,49	160.935,13	-44
3. Raumkosten ³⁾	133.270,49	287.139,03	154
4. Beiträge, Versicherungen	350.195,32	372.451,66	22
5. Reise- und Sitzungskosten	83.643,28	41.265,06	-52
6. Seminare	0,00	24.588,94	24
7. Verfahrenskosten	20.528,38	24.273,29	4
8. Prüfungskosten, Berufsausbildung/Fortbildung	33.554,71	43.567,49	10
9. sonstige Ausgaben	92.650,82	132.266,29	40
10. durchlaufende Gelder	0,00	0,00	0
Gesamtausgaben	<u>1.556.474,52</u>	<u>1.783.245,27</u>	<u>227</u>
Ergebnis	<u>96.305,85</u>	<u>-81.514,62</u>	<u>-178</u>

1) Die Steigerung der Personalkosten geht in Wesentlichen auf die personelle Verstärkung der Geschäftsführung zurück.

2) In 2003 ist ein neues EDV-Modul angeschafft worden, entsprechende Kosten sind im Geschäftsjahr nicht eingeleitet.

3) Die deutliche Ausgabensteigerung geht auf die nach 10 Jahren notwendig gewesene Renovierung sowie die Kosten für eine Erweiterung der Kammergeschäftsstelle zurück. Siehe auch die nicht um wiederkehrende Ausgaben.

Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg
Erläuterungen zur
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
für das Geschäftsjahr 2004

I. Einnahmen

1. Kammerbeiträge

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	EUR	EUR	TEUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Ausbildungsumlage ¹⁾	0,00	760,00	1
Mitgliedsbeiträge	1.434.725,40	1.491.315,35	56
Verspätungszuschläge	5.510,36	4.235,50	-1
	<u>1.440.235,76</u>	<u>1.496.310,85</u>	<u>56</u>

**2. Zulassungsgebühren
Fachanwaltsgebühren**

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	EUR	EUR	TEUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zulassungen RA	52.300,00	51.450,00	-1
Zulassungen ÖLG	10.750,00	11.050,00	0
Zulassungen GmbH	1.530,00	0,00	-2
anderweitige Zulassungen	7.890,00	9.300,00	2
Vertreterbestellung	1.480,00	1.570,00	0
Kanzleipflichtbefreiung	679,00	580,00	0
Fachanwaltsgebühren	10.248,40	14.229,00	4
	<u>84.877,40</u>	<u>88.179,00</u>	<u>3</u>

**3. Prüfungsgebühren,
Berufsausbildung/Fortbildung**

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	EUR	EUR	TEUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Prüfung - Zwischen - Sommer	4.250,00	3.450,00	-1
Prüfung - Haupt - Sommer	11.704,50	14.688,00	3
Prüfung - Zwischen - Winter	1.000,00	700,00	0
Prüfung - Haupt - Winter	4.513,25	5.508,00	1
Fortbildung Rechtsfachwirt	10.805,00	0,00	-11
	<u>32.272,75</u>	<u>24.346,00</u>	<u>-8</u>

1) Es handelt sich um ein Stichtagsgut haben.

R e c h n u n g s l e g u n g 2 0 0 4

Anlage 2

4. Aufsichtsverfahren

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>TEUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
AnwG - Geldbußen	24.241,40	11.750,40	-12
Zwangsgelder	8.297,40	4.580,00	-4
	<u>32.448,80</u>	<u>16.330,40</u>	<u>-16</u>

5. Vermögenserträge

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>TEUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zinserträge Girokonten	586,07	446,82	0
Zinserträge Festgeld	4.132,12	3.285,16	-1
Zinserträge Wertpapiere	49.337,64	35.522,39	-14
realisierte Kursverluste			
festverzinslicher Wertpapiere	-4.279,16	-16.841,82	-13
Kursgewinne bei			
Wertpapiereinköpfung	4.620,15	1.180,01	-3
	<u>54.376,82</u>	<u>23.512,56</u>	<u>-31</u>

6. Seminare

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>TEUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
RWG-Seminar ¹⁾	0,00	38.150,00	38
	<u>0,00</u>	<u>38.150,00</u>	<u>38</u>

7. sonstige Einnahmen

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>TEUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Kostenerstattung für Raumüberlassung			
Wirtschaftsprüfer-Examen	6.434,32	6.278,35	0
Gebühren Signaturkarte	644,00	1.543,96	1
weitere Einnahmen	1.490,52	2.549,53	1
	<u>8.568,84</u>	<u>10.371,84</u>	<u>2</u>

8. durchlaufende Gelder

Begabtenförderung	0,00	4.530,00	5
-------------------	------	----------	---

Gesamteinnahmen

	<u>1.652.780,37</u>	<u>1.701.730,65</u>	<u>49</u>
--	---------------------	---------------------	-----------

II. Ausgaben

1. Personalkosten

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	EUR	EUR	TEUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Gehälter RAK ¹⁾	504.800,39	566.426,94	62
Gehälter AnwG	16.640,36	15.958,83	-1
Fremdlöhne	15.205,45	8.478,70	-7
Aufwandsentschädigungen soziale Abgaben	6.659,14	9.394,98	3
Berufsgenossenschaft	1.823,37	1.762,11	0
	<u>627.762,03</u>	<u>696.758,38</u>	<u>69</u>

2. Verwaltungskosten

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	EUR	EUR	TEUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Bürokosten RAK	14.910,00	20.398,11	5
Bürokosten AnwG	5.138,38	4.752,95	0
EDV-Kosten	18.949,24	22.143,97	3
Drucksachen	32.131,85	31.491,92	-1
Reparaturkosten	3.464,07	4.480,58	1
Investitionen in Sachanlagen	61.908,45	13.858,12	-48
Bücher und Zeitschriften	3.476,46	3.116,47	0
Porto	36.538,63	36.522,77	0
Telefon und Telefax	5.053,88	4.876,92	0
sonstige	23.298,53	19.293,32	-4
	<u>204.869,48</u>	<u>160.935,13</u>	<u>-44</u>

3. Raumkosten

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	EUR	EUR	TEUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Mieten RAK	128.481,53	140.601,41	12
Renovierung u. Erweiterung der Geschäftsstelle	0,00	141.748,66	142
Mieten AnwG	4.788,96	4.788,96	0
	<u>133.270,49</u>	<u>287.139,03</u>	<u>154</u>

¹⁾ Die Steigerung der Personalkosten geht im Wesentlichen auf die personelle Verstärkung der Geschäftsführung zurück.

R e c h n u n g s l e g u n g 2 0 0 4

4. Beiträge, Versicherungen

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>TEUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Hilfskasse	134.400,00	141.500,00	7
Bundesrechtsanwaltskammer	208.320,00	219.325,00	11
Deutsches Anwaltsinstitut	3.487,68	3.669,25	0
Versicherungen	3.987,63	7.957,41	4
	<u>350.195,32</u>	<u>372.451,66</u>	<u>22</u>

5. Reise- und Sitzungskosten

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>TEUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Reisekosten	19.131,19	26.164,55	7
Sitzungskosten	4.923,88	4.957,51	0
Tagungskosten	69.588,21	10.143,00	-59
	<u>93.643,28</u>	<u>41.265,06</u>	<u>-52</u>

6. Seminare

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>TEUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
RVG-Seminar ¹⁾	0,00	24.588,94	24
	<u>0,00</u>	<u>24.588,94</u>	<u>24</u>

7. Verfahrenskosten

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>TEUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Gerichtsvollzieherkosten	1.375,13	1.142,77	0
Verfahrenskosten	15.982,21	23.130,52	8
Verfahrenskosten Yorra	4.071,04	0,00	-4
	<u>20.528,38</u>	<u>24.273,29</u>	<u>4</u>

²⁾ Die Einnahmen aus dem Seminar sind unter der Position I. Nr. 6 verzeichnet.

R e c h n u n g s l e g u n g 2 0 0 4

8. Prüfungskosten, Berufsausbildung/Fortbildung

	<u>2003</u> EUR	<u>2004</u> EUR	<u>Abw.</u> TEUR
Zusammensetzung:			
Prüfung - Zwischen - Sommer	4.085,70	3.360,60	-1
Prüfung - Haupt - Sommer	13.508,25	17.013,98	4
Prüfung - Zwischen - Winter	736,80	1.119,98	0
Prüfung - Haupt - Winter	4.757,21	5.209,75	1
Fortbildung Rechtsfachwirt	7.467,79	6.709,75	-1
Ausbildung sonstiges	3.000,96	10.153,43	7
	<u>33.554,71</u>	<u>43.567,49</u>	<u>10</u>

9. sonstige Ausgaben

	<u>2003</u> EUR	<u>2004</u> EUR	<u>Abw.</u> TEUR
Zusammensetzung:			
Buchführungs- und Jahresabschlusskosten	12.358,06	10.405,20	-2
Öffentlichkeitsarbeit	22.237,65	27.693,92	5
Außerordentliche Ausgaben / Abwicklungen	48.903,03	54.408,33	6
Referendarausbildung	0,00	62,64	0
Kosten Anwaltsausweis	8.260,62	37.750,01	30
Zertifizierung/ Signaturkarte	891,46	1.946,19	1
Gründungskosten Versorgungswerk	0,00	0,00	0
	<u>92.650,82</u>	<u>132.266,29</u>	<u>40</u>

10. durchlaufende Gelder

	<u>2003</u> EUR	<u>2004</u> EUR	<u>Abw.</u> TEUR
Zusammensetzung:			
durchlaufende Posten	0,00	0,00	0
Begabtenförderung ¹⁾	0,00	0,00	0
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0</u>

Gesamtausgaben

<u>1.556.474,52</u>	<u>1.783.245,27</u>	<u>227</u>
---------------------	---------------------	------------

Ergebnis

<u>96.305,85</u>	<u>-81.514,62</u>	<u>-178</u>
------------------	-------------------	-------------

¹⁾ Im Geschäftsjahr sind die zur Begabtenförderung bereitstehenden Mittel nicht abgeführt worden und werden am Ende zurückgezahlt.

Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg
Bestandsentwicklung liquide Mittel
im Geschäftsjahr 2004

	Stand am 31.12.2003	Stand am 31.12.2004
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Kassenbestand	628,64	137,01
Guthaben bei Kreditinstituten:		
Girokonten	9.159,40	11.916,00
Festgeldkonten	273.000,00	31.850,00
Depotbestand festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	<u>1.472.118,59</u>	<u>1.629.489,00</u>
	1.754.906,63	
Ausgabenüberschuss für das Geschäftsjahr 2004	-81.514,62	_____
	<u>1.673.392,01</u>	<u>1.673.392,01</u>

¹⁾ Der Depotbestand enthält ausschließlich mündelsichere Wertpapiere.
Die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungskosten.

Rechnungslegung 2004

Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg Haushaltsplan für die Geschäftsjahre 2004 bis 2006

Anlage 4

	2004 TEUR (Plan)	2004 TEUR (Ist)	2005 TEUR (Plan) Alt	2005 TEUR (Plan) Neu	2006 TEUR (Plan)
I. Einnahmen					
1. Kammerbeiträge	1.480	1.496	1.500	1.510	1.525
2. Zulassungsgebühren/ Fachanwaltsgebühren	85	88	85	90	94
3. Prüfungsgebühren, Berufsausbildung/Fortbildung	25	24	25	31	31
4. Aufsichtsverfahren	15	16	15	20	20
5. Vermögenserträge	40	24	40	20	20
6. Seminare	0	38	0	0	0
7. sonstige Einnahmen	8	10	2	7	6
8. durchlaufende Gelder	0	5	0	0	0
Gesamteinnahmen	1.653	1.701	1.667	1.678	1.696
II. Ausgaben					
1. Personalkosten					
a) Personalkosten ¹⁾	691	686	690	724	736
b) Aufwandsentschädigungen	10	10	10	10	10
2. Verwaltungskosten ²⁾	179	160	181	242	196
3. Raumkosten ³⁾	220	287	140	165	180
4. Beiträge, Versicherungen	370	373	375	354	370
5. Reise- und Sitzungskosten ⁴⁾	30	41	40	30	40
6. Seminare	0	25	0	0	0
7. Verfahrenskosten	22	24	30	22	20
8. Prüfungskosten, Berufsausbildung/Fortbildung	38	44	35	38	38
9. sonstige Ausgaben ⁵⁾	140	132	110	110	126
10. durchlaufende Gelder	0	0	0	5	0
Gesamtausgaben	1.700	1.782	1.611	1.700	1.716
Ergebnis	-47	-81	56	-22	-20

¹⁾ Die Steigerung der Personalkosten geht im Wesentlichen auf die Verstärkung der Geschäftsführung zurück.

²⁾ In diesem Posten sind insoweit Ausgaben für die Wahl Ersatz-, als auch Neubesetzung von Stimmzetteln enthalten.

³⁾ Die laufenden Raumkosten erhöhen sich durch die Erweiterung der Kammergeschäftsstelle.

⁴⁾ Im Herbst 2009 ist die Kammer für musikalisch Gestaltete in der Konferenz der Gebührenerkennender Rechtsanwaltskammern und trägt die Kosten der Tagung.

**Rechtsanwaltskammer
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
für das Geschäftsjahr 2004**

	<u>2004</u> <u>EUR</u>
I. <u>Einnahmen</u>	
1. Ausbildungsumlage	171.256,43
2. Vermögenserträge	765,29
3. Kostenbeteiligung der Hamb. Notarkammer, der HansRAK Bremen sowie der Schleswig-Holst. RAK ¹⁾	0,00
Gesamteinnahmen	172.021,72
II. <u>Ausgaben</u>	
1. Personalkosten Klausurersteller ²⁾	14.536,60
2. Verwaltungskosten	456,65
3. Anwalts-AG'en	29.487,70
4. sonstige Ausgaben	4.748,62
Gesamtausgaben	49.229,57
Einnahmenüberschuss	122.792,15

1) Sie auf die anderen Kammern entfallenden Kosten werden erst nach Jahresabschluss mit
und den Kammern in Rechnung gestellt. Sie werden in der Abrechnung 2005 enthalten sein.

2) 01.08. - 31.12.2004

Rechtsanwaltskammer
Erläuterungen zur
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
für das Geschäftsjahr 2004

I. Einnahmen

1. Ausbildungsumlage

2004

EUR

Zusammensetzung:

Umlagebeiträge

171.256,43

171.256,43

2. Vermögenserträge

2004

EUR

Zusammensetzung:

Zinserträge Girokonten

104,05

Zinserträge Festgeld

661,24

765,29

**3. Kostenbeteiligung der Hamburgischen
 Notarkammer, der HansRAK Bremen
 sowie der Schleswig-Holst. RAK ¹⁾**

2004

EUR

Zusammensetzung:

Hamburgische Notarkammer

0,00

HansRAK Bremen

0,00

Schleswig-Holst. RAK

0,00

0,00

Gesamteinnahmen

172.021,72

1) Diese und die anderen Kosten mit fallenden Kosten werden erst nach Jahresabschluss ermittelt und den Kosten mit in Rechnung gestellt. Sie werden in der Abrechnung 2005 aufgeführt sein.

II. Ausgaben

1.	Personalkosten Klausurersteller ¹⁾		<u>2004</u>	
			<u>EUR</u>	
	<u>Zusammensetzung:</u>			
	Klausurersteller	14.536,60		
		<u>14.536,60</u>		
2.	Verwaltungskosten		<u>2004</u>	
			<u>EUR</u>	
	<u>Zusammensetzung:</u>			
	Bürokosten	456,65		
		<u>456,65</u>		
3.	Anwalts-AG'en		<u>2004</u>	
			<u>EUR</u>	
	<u>Zusammensetzung:</u>			
	Honorare und Auslagen der anwaltlichen AG-Leiter	29.487,70		
		<u>29.487,70</u>		
4.	sonstige Ausgaben		<u>2004</u>	
			<u>EUR</u>	
	<u>Zusammensetzung:</u>			
	Buchführungskosten	19,14		
	sonstige Kosten	4.729,48		
		<u>4.748,62</u>		
	Gesamtausgaben	<u>49.229,57</u>		
	Einnahmenüberschuss	<u>122.792,15</u>		

¹⁾ § 104 - 9.1.12294

**Rechtsanwaltskammer
Bestandsentwicklung liquide Mittel
des Bereiches Ausbildungsumlage
im Geschäftsjahr 2004**

	Stand am 01.01.2004	Stand am 31.12.2004
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Kassenbestand	0,00	0,00
Guthaben bei Kreditinstituten:		
Girokonten	0,00	2.792,15
Festgeldkonten	0,00	120.000,00
Einnahmen überschuss für das Geschäftsjahr 2004	122.792,15 ¹⁾	
	<u>122.792,15</u>	<u>122.792,15</u>

1) Gesamtbetrag wird als Vortrag in das Jahr 2005 übernommen und zur Beibehaltung der Kontinuität ausgewiesen.